



KOMKAR

Yekitiya Komelên Kurdistan
Verband der Vereine aus Kurdistan e.V.
Association of Organizations from Kurdistan

Presseerklärung

Mit dem Staatsbesuch des türkischen Ministerpräsidenten Erdogan nach Berlin werden die Forderungen an ihn und Bundeskanzlerin Merkel immer lauter

Vom 29. bis 31. Oktober dieses Jahres besucht der türkische Ministerpräsident Erdogan die Bundesrepublik Deutschland. Offizieller Anlass ist die Eröffnung des neuen Kanzleigebäudes der türkischen Botschaft. Am 30. Oktober 2012 wird Erdogan von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) empfangen.

Der Vorsitzende der islamisch-konservativen AKP Recep Tayyip Erdogan ist seit nunmehr über 11 Jahren Ministerpräsident der Türkei; anfangs galt er für viele Menschen in der Türkei und in Kurdistan als Hoffnung für die Lösung der Kurdischen Frage und eine Demokratisierung; für die Staaten der EU war er Hoffnungsträger für die Annäherung der Türkei an Europa. Nichts davon ist geblieben.

Nach einigen anfänglichen positiven Signalen ist von der versprochenen Demokratisierung der Türkei nicht mehr viel zu erkennen. Erdogan setzt die klassische kemalistische Politik fort. Lediglich ist die Armee durch die AKP und ihre Strukturen ersetzt worden. Die Opposition ist in der Türkei faktisch mundtot gemacht worden; die Oppositionsparteien im Parlament – die rechtsradikale MHP und die nationalistische CHP – unterstützen diese Politik Erdogans und dürfen lediglich ab und an ein noch härteres Vorgehen gegen echte Oppositionelle verlangen.

Meinungs- und Pressefreiheit gibt es in der Türkei auch heute nur in eingeschränktem Maße. Journalisten, die der AKP-Regierung unbequem sind, werden entlassen oder vor Gericht gestellt. Insbesondere pro-kurdische Parteien, deren Programme den Herrschenden der AKP nicht genehm sind, werden verboten. Deren Bürgermeister und Parlamentarier werden inhaftiert. Die Gefängnisse in der Türkei sind weiterhin voll von politischen Gefangenen. Über 700 von ihnen befinden sich derzeit im Hungerstreik; Herr Erdogan ist nicht einmal bereit, dieses zur Kenntnis zu nehmen.

Die Lösung der Kurdischen Frage ist seit dem Amtsantritt Erdogans im Gesamten nicht einen Schritt weiter gekommen. Auch unter seiner Herrschaft gehen die Angriffe gegen kurdische Dörfer fort. Der Bürgerkrieg in den kurdischen Gebieten hat in den letzten Monaten an Intensität zugenommen.

Die Religionsfreiheit steht in der Türkei nur auf dem Papier. Nachdem nahezu sämtliche Christen und Yeziden das Land verlassen haben, sind die Aleviten die einzige verbliebene religiöse Minderheit in der Türkei. Deren Religion wird allerdings nicht anerkannt, sondern als muslimische Sekte abgetan. Erst kürzlich bezeichnete Herr Erdogan ein alevitisches Gebetshaus als „Monstrum“. Die letzten in der Türkei verbliebenen aramäischen Christen werden in den Schulbüchern der Türkei als Landesverräter bezeichnet.

Erdogan, der in der Vergangenheit immer wieder forderte, dass die Türken in Deutschland ihre Muttersprache benutzen dürfen (Warum fordert er nicht, dass auch die fast eine Million Kurden in Deutschland ihre Muttersprache Kurdisch benutzen dürfen?), gewährt den Kurden in den Schulen der Türkei die Benutzung ihrer Muttersprache gerade einmal als „Wahlfach“, als wenn es sich dabei um eine Fremdsprache handelte.

KOMKAR

Buschkrugallee 23
12359 Berlin

Tel.: 030-6189207

Fax.: 030-6113319

E-Mail

[komkar-](mailto:komkar-merkez@web.de)

merkez@web.de

Bankverbindung

Deutsche Bank

Kto.-Nr.: 34 35 666

BLZ: 760 700 24

Finanzamt

Wuppertal-Elberfeld

Steuernummer:

132/5902/2660

In den „Fortschrittsberichten“ für den geplanten EU-Beitritt der Türkei werden die Zustände in der Türkei immer wieder kritisiert und es wird darauf hingewiesen, dass die Türkei bei weitem nicht die Voraussetzungen eines EU-Beitritts erfüllt. AKP-Funktionäre bezeichnen diese Berichte der EU als allenfalls „eines Müllimers würdig“.

Nicht zuletzt der Konflikt in Syrien zeigt, wie gefährlich die Politik Erdogans und der Türkei ist. Anstatt sich zusammen mit den europäischen Staaten für eine friedliche Lösung des Konfliktes einzusetzen, spielt man mit dem Feuer. Offen unterstützt man die islamistischen Gegner des syrischen Systems. Immer mehr Truppen werden in das Grenzgebiet, immer mehr Marineschiffe in das östliche Mittelmeer verlegt. Immer wieder wird mehr oder weniger offen mit einem Einmarsch nach Syrien gedroht.

Aber nicht nur, dass Herr Erdogan die Türkei fest im Griff hat. Er will sein „Modell“ nach Europa und Deutschland exportieren. Mit dem eigens gegründeten „Ministerium für Auslandstürken“ und über die Vertreter der türkischen Religionsbehörde, DITIB, wächst der Einfluss der AKP unter den türkischen Migranten ständig. Insbesondere durch zahlreiche türkisch-regierungsnahe Organisationen wird die Bildung von Strukturen gefördert, mit der schließlich auch auf die europäische und deutsche Politik Einfluss genommen werden soll.

KOMKAR, der Verband der Vereine aus Kurdistan und **KOMCIWAN**, der Kurdische Kinder- und Jugendverband e.V., fordern die deutsche Bundeskanzlerin und alle anderen Verantwortlichen, die im Zusammenhang mit seinem Besuch mit dem türkischen Ministerpräsidenten Erdogan sprechen, auf:

- **Fordern Sie Ministerpräsident Erdogan auf, bezüglich der Demokratisierung der Türkei den Worten und Versprechungen endlich Taten folgen zu lassen.**
- **Fordern Sie Ministerpräsident Erdogan auf, endlich in den Dialog mit Vertretern des kurdischen Volkes zur Lösung der kurdischen Frage in der Türkei und im gesamten Nahen Osten einzutreten.**
- **Weisen Sie Ministerpräsident Erdogan daraufhin, dass die kurdische Sprache in den kurdischen Gebieten der Türkei endlich gleichberechtigt neben der türkischen Sprache erlaubt sein muss, und dass das Recht auf Benutzung der Muttersprache nicht bedeutet, dass man diese im Schulunterricht als „Wahlfach“ quasi wie eine Fremdsprache lernen „darf“.**
- **Fordern Sie Ministerpräsident Erdogan auf, auch den nicht-muslimischen Religionsgemeinschaften in der Türkei, den Aleviten, Yeziden und verschiedenen christlichen Konfessionen volle Religionsfreiheit zu gewähren und sie nicht in ihrer Religionsausübung zu behindern.**
- **Fordern Sie Ministerpräsident Erdogan auf, endlich sämtliche politische Gefangene aus den Gefängnissen der Türkei zu entlassen.**
- **Fordern Sie Ministerpräsident Erdogan auf, bezüglich der Hungerstreikenden in den Gefängnissen sofort eine menschliche Lösung zu finden.**
- **Fordern Sie Ministerpräsident Erdogan auf, den Konflikt in Syrien nicht im Sinne türkischer Großmacht-Träume zu missbrauchen, sondern zusammen mit den europäischen Staaten nach einer friedlichen Lösung zu suchen.**
- **Weisen Sie Ministerpräsident Erdogan darauf hin, dass die Bildung von türkisch-fundamentalistischen Strukturen in Europa zu unterbleiben hat, und er all seinen Einfluss auf die sog. Auslandstürken ausüben soll, dass diese erfolgreich an den europäischen Gesellschaften partizipieren.**

Wir fordern Demokratie, Freiheit und Gleichberechtigung aller nationalen und religiösen Minderheiten in der Türkei.

Berlin, 29.10.2012